

Anti-Atom-Treck kommt

Lichterkette mit anderen Mitteln: Am 30. August kommt der Anti-Atom-Treck durch Braunschweig.

30 Jahre nach ihrem legendären Treck nach Hannover machen die Gorleben-Bauern im Wahljahr 2009 wieder mobil. 1979 hieß es: „Albrecht, wir kommen!“ und unter dem Eindruck der Harrisburg-Katastrophe demonstrierten damals mehr als 100.000 Menschen in Hannover gegen Atomenergie. Heute, drei Jahrzehnte später, ist zwar die Atom-Euphorie verfliegen, aber die vorhandenen Reaktoren laufen noch immer.

In der ASSE II suppt der Atommüll und in den Zwischenlagern in Gorleben, Ahaus und an den AKWs strahlen die heißen, hochaktiven, abgebrannten Brennelemente vor sich hin.

„Mal richtig abschalten – Atomkraft: Nein Danke!“ heißt es 2009, wenn die Gorleben-Bauern gemeinsam mit Umweltorganisationen wie BUND und Robin Wood, der Ärzteorganisation „IPPNW“, den Kampagnen „ausgestrahlt und „compact“ zu einer bundesweiten Demonstration am 5. September in Berlin aufrufen. Der Anti-Atom-Treck zur Demonstration in Berlin startet mit Treckern und Wagen am 29. August in Gorleben und kommt am 30. August, 17 bis 19 Uhr durch Braunschweig, um dann über Schacht KONRAD (31.8.), ASSE II (01.09.) und Morsleben (02.09.) weiter zu ziehen. Jeder hat die Möglichkeit, die Durchfahrt des Trecks zu nutzen, um seine Ablehnung der Atomenergie deutlich zu machen. Ab 16.30 Uhr treffen sich alle, die den Treck mit dem Fahrrad durch die Stadt geleiten wollen, auf den real-Parkplatz in Querum. Von dort geht es (Streckenverlauf siehe Karte auf unserer Homepage) zur Paulikirche, wo eine kurze Begrüßung stattfindet. Hier haben dann auch FußgängerInnen die Möglichkeit, sich in die Demonstration einzureihen. Am Ritterbrunnen richtet der DGB eine

Kundgebung aus. Dann geht es weiter Richtung Rünigen und Salzgitter. Wie bei der Lichterkette suchen wir Gruppen, die Streckenabschnitte übernehmen, im Vorfeld die Bevölkerung informieren und während des Trecks eigene Infostände und Aktionen durchführen. Und: Alle, die an der Strecke wohnen, können ihre Meinung auch ruhig mal aus dem Fenster hängen lassen! Zur Demonstration am 5. Sept. fahren dann Busse aus der ganzen Region, u.a. aus Braunschweig, Salzgitter, Wolfenbüttel, Erkerode und Helmstedt. In Braunschweig um 9 Uhr ab ZOB (am Hauptbahnhof), Fahrpreis 18,- €, Ermässigungen nach Absprache möglich.

Für die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. geht es, wie für die meisten Organisationen des Trägerkreises nicht darum, bestimmte Parteien in ihrem Wahlkampf zu unterstützen. Im Gegenteil. Wir wissen, dass Atomenergie kein wahlentscheidendes Thema ist. Aber: Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt Atomenergie ab. Das gilt auch für die AnhängerInnen von CDU und FDP. Es geht uns um eine ganze große Koalition in der Gesellschaft, die von jeder denkbaren Regierungskoalition nach der Bundestagswahl den Ausstieg aus der Atomenergie und ein grundsätzliches Umsteuern in der Energiepolitik verlangt. Denn Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke und neue Kohlekraftwerke verhindern zukunftsweisende Investitionen in erneuerbare Energien. 280.000 Menschen arbeiten schon heute in Bereich der „Erneuerbaren“, in wenigen Jahren könnten es sogar 500.000 sein.

Kontakt:
braunschweig@anti-atom-treck.de
Info-Telefon: 01578-4343107,
weitere Informationen:
www.anti-atom-treck.de
und www.anti-atom-treck.de/bs

Endlager ASSE?



ASSE – Untersuchungsausschuss wird von der Bürgeraktion Sichere ASSE (BASA) empfangen.

Robin Wood erinnerte an die versprochene Sicherheit für Millionen Jahre.

Gentechnik so sicher wie „ASSE“?

Ein Dreibein auf dem Acker, westlich von Braunschweig, zeigte an: auch in Braunschweig werden Versuche mit gentechnisch manipulierten Pflanzen unternommen.

„Aber der Mais ist doch verboten worden“, war die erstaunte Reaktion vieler Menschen, denen von den Versuchen erzählt wurde.

Verboten ist in diesem Jahr lediglich die eine genveränderte GVO-Mais-Sorte Mon810 (GVO = genveränderte Organismen), die zum kommerziellen Anbau zugelassen war – alle Versuche, die mit anderen GVO-Pflanzen angemeldet und genehmigt waren, ob in Braunschweig oder anderswo, waren von diesem Verbot nicht betroffen.

Die Feldbesetzung auf dem Gelände der ehemaligen FAL, jetzt „von Thünen Institut“ (vTI), dauerte nur drei fröhliche Tage Ende April.

Dann wurde kurzentschlossen die Besetzung von der Polizei, auf Veranlas-

sung der Stadt Braunschweig, geräumt.

Ob diese Räumung rechtmäßig war, muss jetzt vor dem Verwaltungsgericht geklärt werden, denn einer der Besetzer hat Klage gegen die Stadt wegen der Räumungsverfügung erhoben.

Vor dem vTI allerdings ging die am Besetzungswochenende begonnene Mahnwache über fünf Wochen weiter, bis zum Pfingstmontag wurde sie aufrechterhalten, um in der Öffentlichkeit, aber auch im vTI selbst Diskussionen über Sinn und Unsinn derartiger Versuche auszulösen.

Viele gute Gespräche wurden geführt, verschiedene Workshops abgehalten, Diskussionsabende in umliegenden Orten mit gutem Zuspruch organisiert, und die abschließende Demonstration am Pfingstamstag führte die Teilnehmer vom Kornmarkt bis zum vTI und einmal darum herum. Letztendlich konnte die Aussaat des GVO-Mais



Genversuchsgegner vor dem Verwaltungsgericht Braunschweig am 28. 4. 2009

Aktionstage gegen Gentechnik-Seilschaften im September

Behörden, Konzerne, Lobbyverbände, Forschung und dubiose Biotech-Parks sind in Deutschland stark verfilzt. Unabhängige Kontrolle findet nicht statt.

Die neue Broschüre "Organisierte Unverantwortlichkeit" deckt diese Seilschaften auf.

Im September soll an den Hauptstandorten gegen die grüne Gentechnik und die Verfilzungen protestiert werden.

Ein Schwerpunkt ist die Börde mit der BioTechFarm in Üplingen und den Feldern des Gentechnikkonzerns KWS.

Mit einbezogen werden sollen aber auch umgebende Städte wie Magdeburg, Braunschweig und Quedlinburg mit ihren Versuchsfeldern, Behörden, Förderern der Gentechnik und den beiden Gentechnik betreibenden Fachanstalten JKI und vTI. Mitwirkende sind gerne gesehen.

Informationen gibt es über www.biotech-seilschaften.de.vu!

Den Auftakt macht das Hoffest auf dem Lindenhof in Eilum bei Schöppenstedt am 6. September.

Dort gibt es um 15 Uhr auch eine passende Veranstaltung, den Vortrag „Monsanto auf deutsch – Seilschaften in der deutschen Gentechnik“.



Mon88017x89034 nicht verhindert werden.

Der Braunschweiger Versuchsbetreuer Prof. Tebbe vermied es, mit den Kritikern zu diskutieren; er gab allerdings ein seltsames Bild ab, als er sich zu Beginn der drei Diskussionsveranstaltungen vor die jeweiligen Lokalitäten stellte und ein eigenes Flugblatt zum Versuch verteilte – in dem bezeichnenderweise verschwiegen wurde, dass dieser Mais der Fa. Monsanto gehört und dass er für die Anwendung des Totalherbizides „Roundup“ gemacht ist. Aufbereitet und an die Öffentlichkeit gebracht wurden ausführliche Informationen zu dem Versuch (wie auch zu dem Versuch, den das Julius-Kühn-Institut (JKI) mit dem Mais Mon810 geplant hatte), auf der Homepage der Gegner dieser Versuche wie überhaupt der Agro-Gentechnik, www.bs-gentechnikfrei.de.

Dort sind auch verschiedene Protestaktionen beschrieben, und weitere Informationen zu GVO in Braunschweig und im Braunschweiger Land zu finden.

Andreas Riekeberg

Stiftung Braunschweigerischer Kulturbesitz in die Freisetzung genveränderter Organismen (GVO) verwickelt

Üplingen ist ein kleines, unbekanntes Dorf jenseits der Landesgrenze in Sachsen-Anhalt, kurz hinter Schöningen. Hier in der ländlichen Idylle befindet sich ein besonders absurdes Projekt der Pro-Gentechnik-Szene: der Gentechnik-Schaugarten oder auch „Biotechfarm“.



Während überall sonst zumindest verbal darauf geachtet wird, dass Kontaminationen der Umgebung durch den Anbau von GVO-Pflanzen vermindert werden, setzt man hier auf möglichst große Besuchermengen – und nimmt dabei in Kauf, dass diese Besucher un-

Weiter auf Seite 7

Weiter von Seite 6

gewollt zur Blütezeit Pollen von GVO-Pflanzen oder zur Erntezeit gar vermehrungsfähiges Material aus diesem Horrorgarten der Gentechnik herauszutragen und unkontrolliert in die Umgebung im ganzen Land verschleppen. Während ansonsten die Sensibilität für die weiträumige Eintragung fremder Arten, sogenannter invasiver

Arten, wächst, kann man hier fragen, ob nicht gewissermaßen weiträumige Kontamination der Umwelt mit GVO organisiert wird. Eigentümerin dieser Flächen ist pikanterweise die Teilstiftung Braunschweig der SBK – verwaltet werden die Flächen von der Niedersächsischen Liegenschaftsverwaltung (GLL).

Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK) und Gen-Lobbyismus

Hier einmal ein Einblick in die Runde der Personen, die in Gremien der Stiftung mitwirken, die Grundeigentümer des Gen-"Schaugarten" in der BioTechFarm in Üplingen ist: Mitglieder im Stiftungsrat sind etwa: Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann, Rechtsanwalt und Ex-CDU-Vorsitzender Dr. Bernd Huck, Ex-Ministerpräsident Gerhard Glogowski.

Weitere Braunschweiger Persönlichkeiten sind als „Mitwirkende“ im Stiftungsrat unter anderem: Prof. Hesselbach (Präsident der TU Braunschweig), Wolfgang Gropper (Generalintendant des Staatstheaters) und Dr. Annette Schwandner (Niedersächsisches Kultusministerium)

Siehe: <http://sbk.gingco.net/default.asp?NAV=24>.

Ob die Genannten vom Aufbau des größten Gentechnik-Anbaugesbietes wussten, sollte geklärt werden. Ebenso sollte die Rolle der niedersächsischen Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL) untersucht werden. Diese gehören zur Landesverwaltung – und genau in ihnen sitzt die Abteilung, die für die SBK die Pachtverträge mit den Gentechnikfirmen vermittelt hat.

Zu diesem Zweck hatte die Redaktion die Stiftung sowie die auf der Homepage der Stiftung genannten Personen bereits am 21. 7. 2009 um eine Stellungnahme gebeten. Der Direktor der Stiftung bat um Verlängerung der Frist und kündigte Einlassungen an. Die Frist verstrich leider ungenutzt. Wer mehr über dieses Projekt wissen will, sollte bei

www.biogeldfarm.de.vu nachschauen.



Residenz der Stiftung am Löwenwall

Willkürmaßnahmen staatlicher Behörden gegen Umwelt-Aktivistin von Robin Wood

Die vorbeugende Inhaftierung der Umwelt- und Robin Wood – Aktivistin Cécile Lecomte im Vorfeld des letzten Castor-Transports schockte die Braunschweiger Öffentlichkeit.

Dann kamen bei einer Ortsbesichtigung der Braunschweiger Vorbeugehaftanstalt auch noch an den Wänden hängende Fesselungsfotos ans Tageslicht, die man eher in Guantánamo erwartet hätte.

Die Bilder wurden nach entsprechenden Protesten zwar abgehängt und die Polizeidirektion versicherte in einem Brief an die BIBS-Fraktion, man sei nun „den Forderungen des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung nachgekommen“.

Die Verfolgungsmaßnahmen gegen Cécile Lecomte gingen aber auf anderer Bühne weiter: So hatte die Braunschweiger Staatsanwaltschaft mit

Strafbefehl praktisch zeitgleich im Januar das "besondere staatliche Interesse" an einer Strafverfolgung angemeldet und zwar gegen Cécile Lecomte und nicht etwa die Verantwortlichen dieser Haftanstalt. Indem sie sich hätte tragen lassen, hätte Lecomte vorsätzlich in Kauf genommen, dass sich zwei Beamte in der Gewahrsamstelle an Hand und Finger verletzt hätten.

Nach einem Artikel mit dem Anschauungsmaterial aus der Braunschweiger Vorbeugehaftanstalt in der gedruckten Zeitung „Unser-Braunschweig“ Ende April kam dann die Erfolgsmeldung von Cécile: Die Staatsanwaltschaft Braunschweig stellte auf Staatskosten das Verfahren ein.

Das Problem staatlicher Willkür ist damit aber noch nicht gelöst: Der Paragraph zur Vorbeugehaft ist aus dem Niedersächsischen Polizeigesetz ganz zu streichen.



Wachsam gegenüber staatlicher Willkür: Hier anlässlich der vorbeugenden Inhaftierung der Robin Wood-Aktivistin Cécile Lecomte in der Braunschweiger Spezial-Sonderhaftanstalt am 9.11.2008 in der Friedrich-Voigtländer-Straße.



Genmais-Feld-Räumung durch die Stadt am 28. 4. 2009

Zur Ratssitzung im Mai wurden seitens der BIBS-Fraktion folgende Fragen an den Oberbürgermeister gestellt:

1. Die Fraktionen bzw. Ratsgremien wurden erst nach erfolgter städtischer Intervention am Genmaisfeld durch den Oberbürgermeister von der Absicht bzw. Erklärung der Zuständigkeit als Versammlungsbehörde informiert. Eine bürgerlich offene Kommunalverwaltung steht aber nicht nur auf dem einen Standbein der berufsmäßigen Ämter und Administrationen, sondern stützt sich entscheidend auf das zweiten Bein der gewählten Ratsgremien aus der Bürgerschaft.

Sieht die Verwaltung sichergestellt, dass solche Alleingänge bei gesellschaftlichen Brennpunkt-Fragen wie Atom- und Gentechnik zukünftig unterbleiben?

2. Weder ist das Gelände, welches einseitig durch die Amtsverfügung zum Versammlungsort deklariert wurde, städtisch, noch gab es dort eine öffentlich zugängliche Versammlung.

Warum sah sich die Verwaltung verpflichtet, sich trotzdem in die Angelegenheit einzumischen?

3. Wer ist Kostenträger des Einsatzes mit schwerem Gerät der städtischen Feuerwehr sowie des für den Einsatz herbeizitierten Personals von Stadt,

Feuerwehr und Polizei?

In einer Antwort vom 15. Juli 09 bestritt die Stadtverwaltung, sich ungefragt „eingemischt“ zu haben und pocht auf ihre Zuständigkeit als „Versammlungsbehörde“. Man habe "im Rahmen der Geschäfte der laufenden Verwaltung entschieden“.

Für die Kosten des aufwändigen Einsatzes von Polizei und Feuerwehr wolle man „im Wege der Ersatzvornahme zur Kostentragung“ die auf dem besetzten Gelände am 28. 4. 09 angetroffenen Personen heranziehen.

Homepage der BIBS-Fraktion im Stadtrat: www.bibs-fraktion.de

Bündnis für eine gentechnikfreie Region im Braunschweiger Land gegründet.

Bislang gibt es keine Bauern, die in Braunschweig oder im Braunschweiger Land gentechnisch veränderten Mais anbauen.

Dies soll nach dem Wunsch vieler Menschen auch so bleiben, und so haben die Initiative „Keine Gentechnik-Experimente in Braunschweig“,

die oekoscouts Braunschweig, die BUND Gruppen Braunschweig, Helmstedt, Wolfenbüttel und Salzgitter, der NABU Wolfenbüttel, die Kernbeisser VEG, Wild-Ess-Kraut und der Lindenhof Eilum ein „Bündnis für eine gentechnikfreie Region Braunschweiger Land“ gegründet.

Es wird eingeladen, die Erklärung dieses Bündnisses zu unterzeichnen und sich für das Ziel einer gentechnikfreien Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft zu engagieren.

Die Homepage des Bündnisses ist zu erreichen unter www.region-bs-gentechnikfrei.de.

Freiheit! – Auch im Internet



Jens-Wolfhard Schicke, 22, studiert Informatik an der Technischen Universität. Er ist Mitglied der Piratenpartei und engagiert sich dort besonders für die Bereiche Bildung und Datenschutz. Um diese Themen besser umsetzen zu können, kandidiert er zur Bundestagswahl am 27. 9. als Direktkandidat für den Bezirk Braunschweig.

BKA-Gesetz, Zensurverträge, Zensurgesetz: Das klingt alles beklemmend, irgendwie nach Iran oder China, jedenfalls nicht nach Freiheit und Demokratie. Was aber versteckt sich dahinter? Gerade hatte man sich damit abgefunden, dass einige Anbieter wie Telekom oder Arcor freiwillig das Internet zensieren. Dann wurden alle anderen per Gesetz gezwungen, die Zensurinfrastruktur ebenfalls vorzubereiten. Ziel soll es sein, Kinderpornos im Internet unzugänglich zu

machen. Dass das Gesetz für eine Dauer von drei Jahren verabschiedet wurde, zeigt allerdings die Zweifel, die viele Abgeordnete selbst an der Rechtmäßigkeit ihres Gesetzes und der Verträge haben. Aber anstatt die Zensurverträge mit den Anbietern zurück zu nehmen, wird das Gesetz solange angepasst, bis sich die gleichen Verträge auf einmal als legal darstellen.

Worum es in diesem Gesetz geht, soll noch einmal beschrieben werden. Das „Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornografischen Inhalten in Kommunikationsnetzen“, so der offizielle Titel, sieht vor, dass das Bundeskriminalamt (BKA) eine Liste von verbotenen Webseiten führt. Auf diese Webseiten soll dann nicht mehr zugegriffen werden können, stattdessen erscheint ein Stopp-Schild.

Diese Zensurliste wird geheim geführt, die Bürger können also nicht kontrollieren, welche Webseiten tatsächlich gesperrt wurden. Niemand weiß, ob das BKA tatsächlich nur illegale Seiten sperrt, oder auch andere, zum Beispiel politisch unliebsame Seiten. Leider hat sich aber gerade das BKA in der Vergangenheit nicht unbedingt als Hort der Bürgerrechte erwiesen.

Tatsächlich hat sich auch bewahrheitet, wovon die Piratenpartei schon länger warnt: Wenn die Zensur erst einmal möglich ist, wollen auch andere mitzensieren. Ganz vorne angestellt haben sich dabei die Rechteinhaber für

Musik und Filme. Was sie sich wünschen, ist klar: Die Möglichkeit, jederzeit jede Webseite zu sperren, um so das „illegale“ Herunterladen von Musik und Filmen zu verhindern. Von den Begehrlichkeiten der Privatwirtschaft in diese Richtung werden wir in Zukunft leider noch häufiger hören.

Das Internet darf kein bürgerrechtsfreier Raum sein. Dort, wo sich immer mehr Menschen tagtäglich informieren, hat Zensur keinen Platz. Das Zensurgesetz ist leider nicht das einzige Gesetz der letzten Zeit, das die Bürgerrechte im Internet einschränkt. Immer mehr Menschen fordern daher eine Abkehr von derartigen Überwachungsinstanzen hin zu mehr Freiheit – auch im Internet. Die mehr als 130.000 Bürger, die über den Petitionsausschusses des Bundestages gegen das Zensurgesetz protestiert haben, sind keine Kinderpornofreunde. Sie fordern lediglich Informationsfreiheit im Netz. So ist auch zu erklären, wie wir als Piratenpartei es geschafft haben, unsere Mitgliederzahl innerhalb weniger Wochen zu verdreifachen.

Die Piratenpartei trifft sich in Braunschweig regelmäßig, am 1., 3., und 5. Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im „Dialog“.

Wer sich dazugesellen möchte, ist natürlich immer herzlich willkommen.

Jens-Wolfhard Schicke

Informationen zum Bündnis: <http://versammlung.diegedankensindfrei.org>